

Newsletter

Tirol-Büro Brüssel



Themen in dieser Ausgabe

Thema der Woche

- [Kommission und Land Tirol starten EUSALP-Ideenwettbewerb](#) 2

Neues aus den Institutionen

Europäische Kommission

- [Präsident Juncker zur Lage der Union: „Jetzt schlägt die Stunde der europäischen Souveränität“](#) 3

Europäisches Parlament

- [Debatte mit griechischem Premierminister Alexis Tsipras über die Zukunft Europas](#) 4
- [Rechtsstaatlichkeit in Ungarn: Parlament fordert Rat zum Handeln auf](#) 5
- [Parlament legt Position zur Urheberrechtsreform für das digitale Zeitalter fest](#) 6
- [Trinkwasserversorgung: neue Pläne zur Qualitätsverbesserung von Leitungswasser](#) 6
- [Umweltausschuss für mehr Elektroautos ab 2030](#) 7
- [Plastikmüll in Europa: mehr Recycling ab 2030](#) 7

Rat der Europäischen Union

- [Informelle ECOFIN-Tagung in Wien: Bundesminister Hartwig Löger hält Umsetzung einer EU-Digitalsteuer noch in diesem Jahr für möglich](#) 8

Europäische Kommission

- [Neue Bürgerinitiative fordert das Ende der industriellen Käfighaltung](#) 9
- [Kommission bewilligt weitere 7.5 Mio. Euro Förderung zur Markteinführung von Forschungsergebnissen](#) 9

In eigener Sache

- [Erwachsenenschule Niederndorf zu Gast in der Gemeinsamen Vertretung](#) 10

- Tagesordnungen der Institutionen 11
- Impressum und Abbildungsverzeichnis 11

Gemeinsame Vertretung der
Europaregion Tirol-Südtirol-
Trentino bei der EU

Tirol-Büro Brüssel
Rue de Pascale 45–47
B-1040 Brüssel

Tel.: 0032 2 743 27 00
Fax: 0032 2 742 09 80
E-Mail: info@alpeuregio.eu



Thema der Woche

Kommission und Land Tirol starten EUSALP-Ideenwettbewerb

Unter dem Slogan „Pitch Your Project to the EU“ wird nach Jugendprojekten im Alpenraum gesucht. Die besten Ideen werden mit bis zu 5000 Euro gefördert.

Die EU-Strategie für den Alpenraum (EUSALP) verfolgt unter dem Vorsitz des Landes Tirol das Ziel, die Bevölkerung der Alpenregion stärker in deren Gestaltung einzubringen. Daher schreibt die EU-Kommission in Kooperation mit dem Land Tirol bis zum 31. Oktober 2018 einen Ideenwettbewerb aus, der sich speziell an junge Menschen zwischen 16 und 25 Jahren richtet. „Wir wollen sie in Entscheidungsprozesse einbeziehen und so die EUSALP in ihren Köpfen und Herzen verankern – dies soll unter anderem auch durch den Jugendwettbewerb ‚Pitch Your Project to the EU‘ gelingen“, erklärt Landeshauptmann Günther Platter.

Das zweite EUSALP Jahresforum findet in diesem Jahr vom 20. bis 21. November in Innsbruck statt. Im Zuge dessen haben junge BürgerInnen die Möglichkeit, ihre Projektideen für eine nachhaltige und moderne Alpenregion vorzustellen. „Damit setzen wir gemeinsam mit der Europäischen Kommission das Motto des

Jahresforums ‚zukunft.gemeinsam.gestalten. – mit der nächsten Generation!‘ um“, ist sich Landeshauptmann Platter sicher.

Die Projektideen sollen sich an den zentralen Arbeitsfeldern der EUSALP orientieren: Arbeit, Natur und Umwelt, Klimawandel und Energie sowie die Alpen als moderner und nachhaltiger Lebensraum. Aus allen Einsendungen wird eine Jury aus VertreterInnen der Europäischen Kommission, des Landes Tirol und zentraler Alpenrauminstitutionen fünf Projekte auswählen. Diese BewerberInnen werden dann zur Präsentation nach Innsbruck eingeladen. Anschließend wählt das Publikum drei SiegerInnen. Sie erhalten jeweils Fördergelder in Höhe von 5.000 Euro, 3.000 Euro und 2.000 Euro zur Umsetzung ihrer Ideen.

Eine Anmeldung ist unter diesem [Link](#) möglich.

[Mehr Informationen](#)



Europäische Kommission

Präsident Juncker zur Lage der Union: „Jetzt schlägt die Stunde der europäischen Souveränität“

In seiner Ansprache stellte Jean-Claude Juncker die Prioritäten für 2019 vor und betonte, dass Europa sein Schicksal selbst in die Hand nehmen müsse, um auf der weltpolitischen Bühne eine Führungsrolle einzunehmen.

Am Mittwoch hielt Jean-Claude Juncker in Straßburg seine Rede zur Lage der Union 2018. Europa müsse „Weltpolitikfähigkeit“ entwickeln. Darunter versteht Juncker die Fähigkeit, „die Geschicke der Welt als Union mitzugestalten“.

Darüber hinaus betonte Juncker, dass die Kommission die 250 Tage bis zur Europawahl im Mai 2019 nutzen werde, um den BürgerInnen zu beweisen, dass die Union mit vereinten Kräften zu ihren Versprechen steht. Dazu müsse die Union unter Beweis stellen, „dass Europa Differenzen zwischen Nord und Süd, Ost und West, rechts und links überwinden kann“.

Juncker griff in seiner Rede zudem das Thema der Zeitumstellung auf. Er fand sehr deutliche Worte: „Die Kommission schlägt heute vor, dies zu ändern. Die Zeitumstellung gehört abgeschafft.“ Es sei an den Mitgliedstaaten zu

entscheiden, ob ihre BürgerInnen in Sommer- oder Winterzeit leben sollen. Er erwarte sich die Unterstützung von Parlament und Rat um binnenmarktkonforme Lösungen zu finden. „Die Zeit drängt“, betonte der Präsident abschließend.

Der Rede von Präsident Juncker im Europäischen Parlament ließ die Europäische Kommission unmittelbar Taten folgen: Sie brachte 18 konkrete Initiativen in den Bereichen Migration und Grenzmanagement, Sicherheit, freie und sichere Wahlen, EU-Partnerschaft mit Afrika sowie zur EU als globalem Akteur auf den Weg. Diese Vorschläge sollen noch vor den Europawahlen 2019 für die BürgerInnen positive und greifbare Ergebnisse hervorbringen.

[Mehr Informationen](#)



Europäisches Parlament

Debatte mit griechischem Premierminister Alexis Tsipras über die Zukunft Europas

Premierminister Tsipras widmete sich in seiner Rede der wirtschaftlichen Lage Griechenlands, den europäischen Werten sowie den EU-Wahlen im kommenden Jahr.

In einer hitzigen Debatte sprach der griechische Premierminister Tsipras am Dienstag mit den Abgeordneten und dem Vizepräsidenten der Kommission Valdis Dombrovskis über die Zukunft Europas.

Alexis Tsipras erläuterte die Bemühungen der griechischen Regierung, die Griechenland aus der Wirtschaftskrise herausgeführt haben. Tsipras listete viele der Probleme auf, mit denen das Land konfrontiert war. Darunter waren die steigende Staatsverschuldung, die Abwanderung von Fachkräften sowie die Flüchtlingskrise. Dabei unterstrich Tsipras, dass Griechenland diese Herausforderungen gemeistert habe und zu einem Wachstum von über 2% zurückgekehrt sei.

"Griechenland und das griechische Volk haben in den letzten Jahren bewiesen, wie sehr sie sich für

die Idee der europäischen Einheit einsetzen", unterstrich er.

Darüber hinaus warnte der griechische Premierminister davor, dass "der bisherige Umgang mit der Wirtschafts-, Flüchtlings- und Sicherheitskrise große Lücken und Widersprüche gezeigt hat, die zu einer strukturellen Krise für die Europäische Union werden könnten".

Im Hinblick auf die EU-Wahlen im Mai 2019 betonte Tsipras, dass der Wahlkampf ein Kampf der Werte und Prinzipien sein würde. „In diesem Kampf haben alle fortschrittlichen, demokratischen und pro-EU-Kräfte die Pflicht, Seite an Seite zu stehen. Wir sollten Europa nicht in die Vergangenheit zurückfallen lassen", appellierte er.

[Mehr Informationen](#)



Europäisches Parlament

Rechtsstaatlichkeit in Ungarn: Parlament fordert Rat zum Handeln auf

Am Mittwoch hat das Parlament die EU-Mitgliedstaaten aufgefordert, gemäß Artikel 7 des EU-Vertrags festzustellen, ob Ungarn Gefahr läuft, die Grundwerte der Union zu verletzen.

Nach einer Debatte mit dem ungarischen Premierminister Viktor Orbán am Dienstag, kam es am Mittwoch zu einer Abstimmung über ein Rechtsstaatlichkeitsverfahren der EU gegen Ungarn. Dadurch soll eine systemrelevante Bedrohung der Grundwerte der Union verhindert werden. Zu diesen Werten gehören Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit sowie die Achtung der Menschenrechte. Das Parlament sah eben jene Werte in eindeutiger Gefahr.

Zu den zentralen Bedenken des Parlaments gehörten die Unabhängigkeit der Justiz in Ungarn, die Meinungsfreiheit, Korruption sowie die Rechte von Minderheiten und die Situation von MigrantInnen und Geflüchteten. Aus diesem Grund forderten die Abgeordneten die EU-Länder dazu auf, das Verfahren nach Artikel 7 Absatz 1 des EU-Vertrags einzuleiten. Sie stellten fest, „dass die ungarischen Stellen zwar stets bereit waren, die Rechtmäßigkeit sämtlicher konkreter Maßnahmen zu erörtern, allerdings

keine Maßnahmen zur Verbesserung der Situation getroffen wurden und nach wie vor zahlreiche Bedenken bestehen.“

Der Vorschlag für einen Beschluss des Rates wird nun den EU-Mitgliedstaaten übermittelt. Sie können mit einer Mehrheit von vier Fünfteln feststellen, dass in Ungarn eine eindeutige Gefahr einer schwerwiegenden Verletzung der EU-Werte besteht.

Eine ähnliche Situation gab es bereits im vergangenen Jahr. Das Kollegium der EU-Kommissare wandte erstmals das Verfahren nach Artikel 7 Absatz 1 gegen Polen an. Die Kommission legte einen begründeten Vorschlag für einen Beschluss des Rates zur Feststellung der eindeutigen Gefahr einer schwerwiegenden Verletzung der Rechtsstaatlichkeit durch Polen vor.

[Mehr Informationen](#)



Europäisches Parlament

Parlament legt Position zur Urheberrechtsreform für das digitale Zeitalter fest

Das Parlament hat am Mittwoch seine überarbeitete Verhandlungsposition zur Urheberrechtsreform angenommen. Im Zuge dessen wurden Garantien zum Schutz kleiner Unternehmen und zur Meinungsfreiheit hinzugefügt.

Der Ausgang der Abstimmung waren 438 Fürstimmen, 226 Gegenstimmen und 39 Enthaltungen. Der Standpunkt des Parlaments verschärft die von der Kommission vorgeschlagenen Pläne, Online-Plattformen und Aggregatoren für Urheberrechtsverletzungen verantwortlich zu machen. Dies gilt auch für Ausschnitte – sogenannte snippets –, bei denen nur ein kleiner Teil eines Nachrichtentextes angezeigt wird.

In der Praxis verpflichtet diese Haftungsregel die Betroffenen, die RechteinhaberInnen für urheberrechtlich geschütztes Material zu entlohnen, das sie zur Verfügung stellen. Der Text des Parlaments verlangt auch ausdrücklich, dass JournalistInnen selbst und nicht nur ihre

Verlage von einer Vergütung profitieren, die sich aus dieser Haftungsspflicht ergibt.

Gleichzeitig hat der Text die Absicht, Startups und Innovationen zu fördern, indem Kleinst- und kleine Unternehmen von der Richtlinie ausgenommen werden. Darüber hinaus enthält der Text Bestimmungen, die sicherstellen sollen, dass das Urheberrecht online eingehalten wird, ohne die Freiheit der Meinungsäußerung zu beeinträchtigen. Zudem stärkt die Position des Parlaments die Verhandlungsrechte von UrheberInnen und ausübenden KünstlerInnen. Nicht betroffen von der Urheberrechtsreform sind Wikipedia oder Open-Source-Softwareplattformen.

[Mehr Informationen](#)

Trinkwasserversorgung: neue Pläne zur Qualitätsverbesserung von Leitungswasser

Der Unterausschuss tagte am Montag zum Thema der Trinkwasserversorgung in der EU. Die EU-Länder sollten universellen Zugang zu sauberem Wasser für alle garantieren, so der Ausschuss.

Der Unterausschuss teilte seine Position zur Verbesserung des Trinkwassers in der EU mit. Zunächst wurden Maßnahmen zur Schadstoffreduzierung im Wasser verkündet. Die Mitgliedstaaten sollten zudem Maßnahmen zum öffentlichen Zugang zu Trinkwasser ergreifen. Dazu sollten in Städten sowie an öffentlichen Plätzen kostenlose Trinkwasserspender zur Verfügung gestellt werden. Darüber hinaus sind die Mitgliedstaaten angehalten, die Bereitstellung von Leitungswasser in Restaurants und Kantinen zu fördern. Leitungswasser soll dort

entweder kostenfrei oder gegen eine geringe Gebühr für die Dienstleistungserbringung angeboten werden. Mit dieser Position reagiert der Unterausschuss auch auf die Bürgerinitiative Right2Water. Diese fordert die Versorgung aller BürgerInnen mit ausreichend sauberem Trinkwasser.

Hintergrund ist der Plan, das Vertrauen der BürgerInnen in Leitungswasser zu stärken und so den Konsum von Tafelwasser aus Plastikflaschen zu reduzieren.

[Mehr Informationen](#)



Europäisches Parlament

Umweltausschuss für mehr Elektroautos ab 2030

Bis 2030 sollen die CO₂-Emissionen bei Neuwagen um 45 Prozent verringert werden. Dazu soll die Zahl emissionsarmer Fahrzeuge steigen.

Die Abgeordneten des Umweltausschusses schlugen am Montag ein höheres Ziel für die Reduzierung der EU-weiten Emissionen von Neuwagen bis 2030 vor. Anstelle der von der Kommission vorgeschlagenen Reduzierung um 30 Prozent, sollen CO₂-Emissionen um 45 Prozent reduziert werden. Der Gesetzesentwurf setzt ähnliche Ziele für neuzugelassene Lastkraftwagen.

Hersteller, deren durchschnittliche CO₂-Emissionen diese Ziele überschreiten, sollen gemäß des Gesetzesentwurfs eine Prämie in den EU-Haushalt einzahlen. Dieser Betrag soll unter anderem für die Weiterbildung von ArbeitnehmerInnen verwendet werden, die von

Veränderungen im Automobilssektor betroffen sind. Darüber hinaus sollen die Automobilhersteller sicherstellen, dass Null- und Niedrig-Emissions-Fahrzeuge bis 2030 einen Marktanteil von 40 Prozent am Verkauf von Neuwagen und Transportern haben. Bis 2025 soll ein Zwischenziel von 20 Prozent Marktanteil erreicht sein.

Die Vorschläge des Umweltausschusses stehen auf der Plenartagung des Parlaments vom 1. bis 4. Oktober in Straßburg zur Abstimmung.

[Mehr Informationen](#)

Plastikmüll in Europa: Mehr Recycling ab 2030

In der EU sollen sämtliche Verpackungen aus Kunststoff ab 2030 recyclingfähig sein. Zudem wird an einem Vorschlag gearbeitet, bestimmte Einwegkunststoffprodukte zu verbieten.

Kunststoffe sind auf Grund ihrer geringen Kosten und ihrer Beständigkeit aus der europäischen Wirtschaft nicht mehr wegzudenken. Diese Popularität geht allerdings mit negativen Auswirkungen auf Umwelt und Gesundheit einher. Jährlich fallen in der EU 26 Mio. Tonnen Kunststoffabfälle an. Davon werden weniger als 30 Prozent recycelt.

Um dies zu ändern, hat die Europäische Kommission zu Jahresbeginn eine Strategie für Kunststoffe angenommen. Diese verfolgt das

Ziel, ab 2030 alle Kunststoffverpackungen wiederverwendbar oder recycelbar zu machen. In einem Bericht lobte der Umweltausschuss die Pläne der Kommission.

Zusätzliche Forderungen des Berichts waren unter anderem ein Verbot von bewusst zugesetztem Mikroplastik in Kosmetik sowie Wasch- und Reinigungsmitteln bis 2020, ein Mindestgehalt an Recyclingmaterial für bestimmte Kunststoffe, und Qualitätsstandards für recycelte Kunststoffe.

[Mehr Informationen](#)



Rat der Europäischen Union

Informelle ECOFIN-Tagung in Wien: Bundesminister Hartwig Löger hält Umsetzung einer EU-Digitalsteuer noch in diesem Jahr für möglich

Die teilnehmenden FinanzministerInnen sprachen sich für eine faire Besteuerung der digitalen Wirtschaft in der EU aus.

Im Rahmen des EU-Ratsvorsitzes fand vergangene Woche eine informelle Tagung der EU-Finanz- und WirtschaftsministerInnen statt. Thema der Tagung war unter anderem die Einführung einer Digitalsteuer. Diese würde zur Besteuerung von digitalen Aktivitäten in den Mitgliedstaaten führen.

Konkret soll die Steuer für Umsätze gelten, die durch Aktivitäten erzielt werden, bei denen User zu einem wesentlichen Teil der Wertschöpfung beitragen. Betroffen sein sollen gemäß des Vorschlages der Kommission nur jene Unternehmen, die weltweite Umsätze in der Höhe von mindestens 750 Mio. Euro sowie EU-

Umsätze von mindestens 50 Mio. Euro erzielen. So soll sichergestellt werden, dass der Gewinn großer Unternehmen fair besteuert wird. Der Vorschlag der Kommission sieht einen Steuersatz von drei Prozent vor.

Auf der Tagung gab es breite Zustimmung für diese Maßnahme. Österreichs Finanzminister Hartwig Löger verkündete: „Wir wollen so rasch als möglich auf Basis des Vorschlages der Europäischen Kommission eine Digitalsteuer umsetzen“. Eine Einigung bis Ende 2018 hält Löger für realistisch.

[Mehr Informationen](#)



Europäische Kommission

Neue Bürgerinitiative fordert das Ende der industriellen Käfighaltung

Tierschützer klagen schon seit langem die Käfighaltung von Nutztieren in der EU an. Nun hat die Kommission eine Bürgerinitiative zum Ende der industriellen Käfighaltung anerkannt. Bis zu einer tatsächlichen Gesetzesänderung gilt es jedoch noch viele Hürden zu bewältigen.

Die Initiative „End the Cage Age“, frei übersetzt „Beendet das Zeitalter der Käfige“, hat das Ziel, gegen Massentierhaltung in der EU vorzugehen. Rund 700 Millionen Tiere werden EU-weit in Käfigen gehalten. Neben Hühnern, Schweinen und Kälbern leben auch Gänse, Enten und Kaninchen in Massentierhaltung. Hauptgrund dafür ist die Fleischproduktion.

Im Fokus der Initiative liegt jedoch auch die Eierproduktion, da das Huhn Europas meistgezüchtetes Tier ist. Obwohl Legebatterien mittlerweile abgeschafft wurden, bietet die Haltung in Kleingruppen-Käfigen kaum Verbesserungen für die Tiere. Noch immer hat jedes Huhn darin in etwa gleich viel Platz wie auf

einem DIN-A4-Blatt. Gegen jene Praktiken will „End the Cage Age“ nun vorgehen. Dazu war die Anerkennung der Europäischen Kommission der Bürgerinitiative ein wichtiger Schritt.

Wie wahrscheinlich ist jedoch eine tatsächliche Änderung bestehender Gesetze? Zunächst einmal sind zwölf Monate Zeit um eine Million Unterschriften aus einem Viertel der EU-Mitgliedstaaten zu sammeln. Wenn dieses Ziel erreicht ist, prüft die Kommission, ob sie dem Ersuch stattgibt und eine Gesetzesänderung auf den Weg bringen möchte oder nicht.

Seit dem 11. September können EU-BürgerInnen die Initiative mit ihrer Unterschrift unterstützen.

[Mehr Informationen](#)

Kommission bewilligt weitere 7.5 Mio. Euro Förderung zur Markteinführung von Forschungsergebnissen

Die neuen Stipendien wurden an ForscherInnen aus 16 EU-Ländern vergeben. Darunter gingen auch zwei Zuschüsse an österreichische Forscher.

Die EU ist bestrebt europäische Spitzenforschung in Erfolg zu verwandeln. Dazu vergab der Europäische Forschungsrat am Montag Fördergelder von jeweils bis zu 150.000 Euro an 50 ForscherInnen. Die Gelder sollen dazu dienen, deren Forschungsergebnisse auf den Markt zu bringen.

„Die heute vergebenen Stipendien zeigen, wie wir Spitzenforschung in praktische Innovationen zum Wohle aller umsetzen können. Investitionen in Forschung und Innovation bedeuten, dass wir

in die Zukunft der EU investieren.“, erklärte Wissenschaftskommissar Carlos Moedas.

Die Stipendien decken Forschungsarbeiten zu einer Vielzahl von Themen ab. Zu den belohnten Projekten gehören zum Beispiel die Erklärung, wie Social-Media-Algorithmen tatsächlich funktionieren, und die Entwicklung kostengünstiger sowie umweltfreundlicherer Batterien. Die dreimal jährlich gewährten Zuschüsse sind Teil des Forschungs- und Innovationsprogramms der EU „Horizon 2020“.

[Mehr Informationen](#)



In eigener Sache

Erwachsenenschule Niederndorf zu Gast in der Gemeinsamen Vertretung

Am Dienstag durften wir die Erwachsenenschule Niederndorf bei uns in der Gemeinsamen Vertretung begrüßen. Es gab spannende Diskussionen über Tirol im Kontext der EU und über die Besonderheiten der Alpenregion.





Europäische Kommission

Die Tagesordnung der wöchentlichen Sitzung der Europäischen Kommission finden Sie [hier](#).

Europäisches Parlament

Den Entwurf der Tagesordnung finden Sie [hier](#).

Den Video-Stream der letzten Plenarsitzung finden Sie [hier](#).

Rat der Europäischen Union

Die aktuellen Ratssitzungen finden Sie [hier](#).

Europäischer Gerichtshof

Zum Kalender des Europäischen Gerichtshofs für die folgende Woche gelangen Sie [hier](#).

Ausschuss der Regionen

Zum Sitzungskalender des AdR gelangen Sie [hier](#).

Stellenausschreibungen

Zu den laufenden Stellenausschreibungen in der EU gelangen Sie [hier](#).

EU-Bookshop

Interessante Veröffentlichungen aus der EU finden Sie [hier](#).

Impressum

Gemeinsame Vertretung der Europaregion Tirol -
Südtirol - Trentino bei der EU

Land Tirol

Rue de Pascale 45-47

B-1040 Brüssel

Tel.: 0032 2 743 27 00

Fax: 0032 2 742 09 80

E-Mail: info@alpeuregio.eu

Homepage: www.alpeuregio.org

Redaktion und Bearbeitung:

Direktor Mag. Dr. Richard Seeber

Andreas Pletzenauer

Abbildungsverzeichnis

Seite 10: Bild 1 & Bild 2: Tirol Büro